

Wahlprüfsteine

Campact e.V.

Das junge MV.

FDP Mecklenburg-Vorpommern, Goethestraße 87, 19053 Schwerin

Campact e.V.
Herrn Dr. Felix Kolb
Artilleriestr. 6
27283 Verden

Schwerin, den 01. August 2016

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern hier: Ihr Schreiben vom 20. Juli 2016

Sehr geehrter Herr Dr. Kolb,

vielen Dank für Ihr Schreiben mit den Wahlprüfsteinen der Campact e.V.. Sehr gerne werden wir im Folgenden auf Ihre Fragen eingehen und unsere liberalen Positionen darstellen.

Wahlprüfstein CETA:

Vorausgesetzt, Ihre Partei kann als Teil der künftigen Landesregierung das Abstimmungsverhalten von Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat mitbestimmen: Wird Ihre Partei dafür sorgen, dass Mecklenburg-Vorpommern CETA in der vorliegenden Fassung nicht zustimmt?

Ja Nein Keine Festlegung

Die FDP ist grundsätzlich für den Freihandel, als exportstarkes Land wird Deutschland insgesamt eher davon profitieren. Das Ergebnis der Verhandlungen enthält zahlreiche deutsche Anregungen. Deutschland hat bereits zahlreiche Freihandelsabkommen abgeschlossen. Die Kampagne gegen Freihandelsabkommen mit CAN und USA ist in weiten Teilen sachlich nicht begründet.

Gleichwohl muss auch für uns Freie Demokraten deutlich mehr Transparenz in das Verfahren, um die Akzeptanz zu erhöhen und Ängste zu nehmen.

**Freie
Demokraten**

Mecklenburg-
Vorpommern **FDP**

Produkte dürfen verwendet werden, wenn mögliche Risiken unwahrscheinlich sind. Bei strikter Anwendung und Kontrolle (Behörden) ist dieses Prinzip sehr wirksam (Beispiel USA / Autoabgase VW, etc.)

In der EU gilt das so genannte Vorsorgeprinzip. Das heißt, bei wissenschaftlicher Unsicherheit können vorläufige Risikomanagementmaßnahmen zur Sicherstellung des Gesundheitsschutzniveaus getroffen werden, bis weitere wissenschaftliche Informationen für eine umfassendere Risikobewertung vorliegen. So soll verhindert werden, dass Schäden für Mensch und Umwelt überhaupt erst entstehen.

Das ist zwar eine gute Intention, hätte aber bei wirklich konsequenter Anwendung dazu führen können, dass weder beispielsweise das Rad, noch die Eisenbahn, noch Windkraftanlagen wegen der Infraschall-Thematik erfunden und genutzt werden dürften.

Die FDP will das Vorsorgeprinzip in Europa nicht abschaffen, solange es dafür einen gesellschaftlichen Konsens gibt. Wir sehen aber durchaus auch den anderen Weg als gangbar für wirkungsvollen Verbraucherschutz.

3) Wird Ihre Partei dafür sorgen, dass Mecklenburg-Vorpommern dem TTIP-Abkommen nicht zustimmt, sofern dieses die kommunalen Gestaltungsfreiheiten zur Daseinsvorsorge einschränkt?

Ja

Nein

Keine Festlegung

Die Frage beruht allerdings auf einer sachlich falschen Unterstellung: die Position der EU ist, dass ausländische Unternehmen in kommunalen Ausschreibungen (die durchaus „gestaltet“ werden können) fair und gleich, auch wie kommunale Anbieter, behandelt werden sollen. Dieser Position schließen wir Freien Demokraten uns vollinhaltlich an.

Weiterhin enthält die Frage implizit den kritisch zu sehenden Komplex „Daseinsvorsorge“: dieser (übrigens von den Nationalsozialisten eingeführte) Begriff wird heute oft sehr weitgehend ausgelegt, um die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen bzw. Unternehmen im Besitz der öffentlichen Hand zu rechtfertigen und politische Programme (u.a. „Bürgerenergiewende“ etc.) durchzusetzen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass viele vehemente TTIP-Kritiker vor allem diesen politischen Aspekt im Auge haben und offene Ausschreibungen generell vermeiden wollen. Dies auch im Inland, d.h. die TTIP-Frage wird oftmals nur als Anlass benutzt.

Wir Freien Demokraten wenden uns strikt gegen wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand, wenn es privatwirtschaftliche Unternehmen am Markt gibt. Wir stehen aber für weitgehende Gestaltungsmöglichkeiten der ausschreibenden Stelle (z.B. über Randbedingungen, Lastenhefte / Spezifikationen, etc.), diese sind nach unserer Kenntnis der EU-Position aber auch nicht in Frage gestellt.

4) Wird Ihre Partei dafür sorgen, dass Mecklenburg-Vorpommern dem TTIP-Abkommen nicht zustimmt, sofern es keine Verpflichtung zur Ratifizierung aller ILO Kernarbeitsnormen enthält

Ja

Nein

Keine Festlegung

Wir würden uns freuen, wenn wir diese und weitere Fragen in einem persönlichen Gespräch diskutieren können. Gerne werden wir dann Ihre Anregungen in unserer politischen Arbeit berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Cécile Bonnet-Weidhofer
Spitzenkandidatin



René Domke
Landesvorsitzender